

Universität Wien

Institut für Politikwissenschaft

SE - Staatszerfall, Parastaatlichkeit und Bandenkriege
WS 2003/04

Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky

Konzeptuelle Grundlagen III - 4.11.2003

Referate Alte Kriege/Neue Kriege

Nina Längle 9909020

Arbeitsgruppe Staatenzerfallskriege / Weltordnungskriege

Inhalt des Thesenblattes:

- 1. Kriege – Definition**
- 2. Staaten – Definition**
- 3. Geschichtlicher Hintergrund der Staatenzerfallskriege**
- 4. „Neue Kriege“ – Staatenzerfallskriege**
- 5. Weltordnungskriege**
- 6. Literaturverzeichnis**

1. Kriege - Definition

Krieg und Frieden kennzeichnen bestimmte Situationskonstellationen im internationalen System. Die Grenze zwischen Krieg und Frieden verläuft fließend, der Übergang wird meist durch eine internationale Krise markiert.

Offiziell hat sich die Weltgemeinschaft heute von der viel zitierten Definition des preussischen Kriegstheoretikers Carl von Clausewitz (1780-1831) abgewendet, daß Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei.

Bedingt durch den Zerfall alter Strukturen kam es zu einer Änderung des altbewährten Begriffes „Krieg“. Besonders der Niedergang der Sowjetunion und damit die völlige Änderung der Struktur des internationalen Systems veränderte das Wesen der Kriege. Die „klassischen“ zwischenstaatlichen Kriege werden immer seltener, immer häufiger finden Kriege lokal begrenzt, innerhalb einer Landes statt.

Durch zunehmende Ausdehnung des Kriegsbegriffes wird eine genaue Definition immer schwieriger. Die Anwendung von militärischer Gewalt als Definitionsmerkmal muß jedoch unbefriedigend bleiben, da im Kriegsfall auch wirtschaftliche Sanktionen sowie Blockaden eingesetzt werden können (Forndran:1971).

Im Gegensatz zum Begriff „Krieg“ wird der Begriff „Konflikt“ als eher allgegenwärtige Auseinandersetzung im gesellschaftlichen Leben verwendet (zwischen Staaten genauso wie zwischen Einzelpersonen oder Institutionen wie Unternehmensleitung und Betriebsrat).

Konflikte unterscheiden sich nach Sachverhalt, Ursache und Ebene. Gemeinsam ist, daß ihnen Widersprüche und/oder spannungserzeugende Beziehungen zugrunde liegen. Auslöser von Konflikten können unterschiedliche Auffassungen über Ziele, Werthaltungen oder die Verteilung von Ressourcen sein. (Strasser 2002).

Konflikte zeichnen sich durch das Bestreben der Beteiligten aus, durch den Einsatz unterschiedlichster Macht- und Einflußmittel eine Niederlage des Gegners herbeizuführen oder zunächst eine eigene Niederlage zu verhindern.

Latent vorhandene Konflikte drohen besonders dann zum Krieg zu werden, wenn diese nicht auf andere Weise beeinflußt oder beschwichtigt werden können. Kriege brechen meist dann aus, wenn es eine Verhaltensänderung bei einem oder mehreren Staaten gibt, die zu feindseligen Interaktionen führen.

Unter „Krieg“ wird ein gewaltsamer, bewaffneter Massenkrieg bzw. eine Auseinandersetzung zwischen organisierten politischen Gruppen oder Staaten verstanden, von denen mindestens ein staatlicher Akteur beteiligt ist; auch innerstaatliche Konflikte können sich zu Kriegen ausweiten. Auf beiden Seiten muß es ein Mindestmaß an zentral gelenkter Organisation der Kriegsführenden und des Kampfes sowie eine kontinuierliche Operationsplanung geben (Gantzel/Siegelberg:1990). Kriege kennzeichnen die manifeste und gewalttätige Form von internationalem Konfliktverhalten, die auch Drohung und Terror beinhalten können (Aron:1963). Im Krieg gelten die Regeln der Genfer Konvention. Diese schreibt den Umgang mit Zivilisten, Gefangenen, Verwundeten und Kulturgütern fest.

Unter dem Begriff „Frieden“ wird weithin das „Schweigen der Waffen“ verstanden, gekennzeichnet durch abnehmende Gewalt und zunehmende Verteilungsgerechtigkeit, wobei die beiden Variablen voneinander abhängig sind und sich gegenseitig beeinflussen.

Zur Vermeidung von Kriegen und Konflikten bzw. zu deren Erklärung und Analyse kommt der Ursachenforschung und Konfliktvermeidung eine zentrale Bedeutung zu. Die Friedens- und Konfliktforschung befaßt sich mit Strategien zur langfristigen Friedenssicherung und versucht, wissenschaftliche Untersuchungen zu konzipieren, die eine langfristige Friedenssicherung zu gewähren vermögen (Senghaas:1998).

2. Staaten - Definition

Staaten sind nur eine von einer Vielzahl an Möglichkeiten der Organisation von Herrschaft. Die Herausbildung eines Staates geht nicht automatisch aus dem Zusammenleben von Menschen hervor, sondern steht in einem unauslöschlichen Zusammenhang mit dem kulturellen und historischen Entstehungskontext.

Die „moderne“ Staatsform europäischer Provenienz geht auf das Jahr 1648 zurück, in dem der Westfälische Friede geschlossen wurde, der den 30-jährigen Krieg beendete. Die territorialen Besitzstände der europäischen Herrschaftshäuser und Militärapparate wurden gegenseitig, wenn auch nicht auf Dauer, so doch strukturell als legitim anerkannt. Diese Anerkennung der „Landesgrenzen“ sollte das Merkmal der europäischen Staatsordnung darstellen, im Gegensatz zu bisher vorhandenen oder außereuropäischen Herrschaftsordnungen.

Alternativen zur Nationalstaatlichkeit wurden von den Westmächten bewußt verhindert, da sich die Weltökonomie durch das System der Nationalstaaten am

einfachsten regeln läßt. Durch die Formalisierung des Staatsystems, die gewaltsame Nationalisierung und forcierte Grenzziehung in Territorialstaaten wurde eine Vielzahl von Kriegen entfacht. So erfolgte die Gründung der USA durch einen der blutigsten Bürgerkriege. Durch den Supermachtsstatus und den „amerikanischen Sonderweg“ haben die USA Organisationen wie die UNO und den Völkerbund geschaffen, die die Staatskonkurrenz kanalisieren und eindämmen sollen. Die Kennzeichen einer Staatsform, zurückgehend auf den Staatsbegriff des Westfälischen Friedens, sind: (vgl. Albrecht/Volger 1997)

Territorialität: klar festgelegte Grenzen zu den anliegenden Herrschaftsbereichen.

Rationalität: die Herrschaft selbst unterwirft sich gewissen Mindeststandards der Effizienz (sachbezogene Verwaltungen..) und es wird versucht, das ökonomische Potential des Territoriums mithilfe der EinwohnerInnen sowie das Know-How dieser selbst so gut wie möglich auszuschöpfen, um zur meistmöglichen Steigerung der staatlichen „Schatzbildung“ zu gelangen.

Disziplinierung: die systematische Unterwerfung der Bevölkerung unter eine Zentralgewalt, die normalerweise in der Hauptstadt lokalisiert ist und von einem Fürsten geleitet wird, der sich idealiter als „1. Diener des Staates“ verstehen würde.

Militarisierung: entstanden durch staatliche Kriegsführung um territoriale Herrschaftssicherung. Das Berufsmilitär wird staatlich bezahlt und steht unter der Leitung von Berufsoffizieren, die die eigentliche Achse der staatlichen Ordnung darstellen und auf die hin Verwaltung, Steuersystem, Straßen- und Städtebau sowie ideologische Sinnstiftung der Herrschaft ausgerichtet sind.

Nationalisierung:

„Zufällig“ aufgrund der Machtverhältnisse unter einer Dynastie vereinte Population, oft verschiedener kultureller oder ethnischer Herkunft, die ideologisch zum Staatsvolk und zur Nation vereint werden sollen. Dieser Prozess geschieht/geschah mit unterschiedlicher Dauer und war/ist unterschiedlich erfolgreich. Der Versuch der ideologischen Homogenisierung wird durch die zahllosen menschlichen Katastrophen oftmals zum „Geburtsmakel“ vieler Staaten (Definition von „Nation“: eine Nation bezeichnet eine Gemeinschaft von Menschen, die sich aus ethnischen, sprachlichen, kulturellen und/oder politischen Gründen zusammengehörig und von anderen unterschieden fühlen. Die Definitionskriterien einer Nation entstammen aus ihrem jeweils konkreten historisch-politischen Bezugsrahmen und den daraus resultierenden unterschiedlichen Interpretationsmustern. In den mittel- und osteuropäischen Staaten griffen-/greifen die nationalen Bewegungen nach dem Zusammenbruch des

real existierenden Sozialismus auf die konstituierenden Merkmale zurück, die für sie vor der kommunistischen Herrschaft bestimmend waren und die sie von anderen Großgruppen abgrenzen: ethnische Zugehörigkeit, Geschichte, Religion und Europaphilie. Eine Nation zeichnet sich vor allem durch ihren Stolz auf das gelebte „Wir-Gefühls“ aus; durch die Mobilisierung des Nationalgefühls können zersplitterte Gruppen wieder vereinigt und politisch handlungsfähig gemacht werden, ein Mittel, dessen sich (rechts)populistische Parteien gerne bedienen ((Riescher 2002))).

3. Geschichtlicher Hintergrund der Staatszerfallskriege

Mit der Herausbildung des Systems von Nationalstaaten nach dem Ende des 30jährigen Krieges durch den Westfälischen Frieden ging eine Verstaatlichung der Gewalt (und damit auch der Kriegsführung) einher. Das staatliche Gewaltmonopol wurde durch Steuern finanziert und galt als das einzig legitime. Die Kriegsführung wurde verstaatlicht.

Erst durch die Schaffung von Institutionen wie dem Völkerbund und der UNO und deren Wirken galt Kriegsführung schließlich als verpönt. Mit der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen von 1945 einigten sich die Staaten der Weltgemeinschaft auf ein generelles zwischenstaatliches Gewaltverbot. Artikel 2 der Charta lautet: Alle UN-Mitglieder „unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete (...) Anwendung von Gewalt“. (SDA 2003). Ausnahmen sind nur in zwei Fällen erlaubt: Ein Staat darf sich verteidigen, wenn er angegriffen wird (Artikel 51). Zudem kann der UN-Sicherheitsrat eine Ermächtigung zur Kriegsführung aussprechen, „um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen“ (Artikel 39 bis 50) (SDA 2003).

Die außereuropäischen Kulturen wurden im Zuge des Staatswerdungsprozesses durch die Ziehung von oft willkürlichen Grenzen verstaatlicht. In den Postkolonialen Befreiungskriege kämpften die ehemaligen Kolonien um Selbständigkeit sowie um die Herausbildung eigener staatlicher Strukturen. Die europäischen Strukturen, die durch die jeweiligen Kolonialmächte errichtet und durch die Staatsbildung zementiert bzw. nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten, verhinderten die Herausbildung einer eigenen Staatsidentität - da der Staatsapparat keine Sozialisationskraft, keine neutralen Bürokratien und keine staatsloyalen Militärapparate entwickeln konnte - und führten rasch zu ethnischen

Konflikten zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Auch die kaum vorhandene ökonomische Stabilität sowie das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in Staatssystem und Bürokratie führten zu geringer bzw. nicht vorhandener Akzeptanz von Staatlichkeit und Gruppenegoismus mit fatalen Folgen (Staatszerfallskriege), in denen es korrupten Eliten rasch gelang, Macht und Einfluß zu erringen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges könnten Konflikte frei von ehemals bindenden ideologischen Fesseln analysiert werden. Durch das Ende des Ost-West-Antagonismus sind die Konflikte jedoch keinesfalls zum Erliegen gekommen, sie bestehen vielmehr fort und haben in den letzten Jahren sogar an Zahl zugenommen. Aus dieser Entwicklung läßt sich schließen, daß Analyse bisher zu stark von äußeren Faktoren dominiert wurden; Konflikte, die lange Zeit nur als Erscheinungsform des Kalten Krieges wahrgenommen wurden, zeigen sich heute als das, was sie tatsächlich sind: interne Auseinandersetzungen, deren Gewaltdynamik im wesentlichen von örtlichen Determinanten bestimmt wird (Jean / Rufin 1999:7). Die Beweggründe von Kämpfern und deren Führern lassen sich keineswegs auf eine ideologische Linie festlegen, es besteht vielmehr die Notwendigkeit, die Eigengesetzlichkeit der Konflikte in ihrem sozioökonomischen und kulturellen Kontext zu betrachten und die Vielfältigkeit der Phänomene von politischer Gewalt genau zu analysieren.

Wie läßt sich die neuen Weltordnung, die bei einer Analyse die lokalen Gegebenheiten in den Vordergrund stellt, begreifen?

Das Gesamtbild läßt sich eher als „Auflösung auf der Bühne der Weltpolitik“ (Jean / Rufin 1999:7) beschreiben, das sich durch ein Wirrwarr örtlich entbrechender Kämpfe und Konflikte äußert, daß selbst bei geschulten BetrachterInnen Ratlosigkeit und Verwirrung hervorruft.

Kann die Weltordnung nun als „ethnische“ oder „globalisierte“ begriffen werden? Können Phänomene wie militärische Aktivitäten von politischen Bewegungen, die Praktiken von organisierten Wirtschaftskriminellen bis hin zu gewalttätigen Sekten befriedigend unter Begriffen wie „Guerillas“ oder „Mafias“ zusammengefasst werden?

Wenn der ökonomische Aspekt auch nicht vernachlässigt werden darf, so kann jedoch nicht angenommen werden, daß die vergangenen Konflikte ausschließlich politischer bzw. ideologischer Natur waren und die heutigen Konflikte alleinig ökonomischer bzw. mafiotischer Natur seien.

Die gegenwärtige Phase ist weniger vom Übergang der ideologischen Phase hin zu der ökonomischen gekennzeichnet, sondern durch die wirtschaftliche Umstrukturierung entsprechend den Gegebenheiten (Jean / Rufin 1999:8ff).

Mag es im Fall eines kurzen Aufruhrs noch möglich sein, eine gewisse Art von Improvisation zu betreiben, so wird dies bei einer Ausweitung von Rebellion zunehmend unmöglicher. Die politischen und militärischen Akteure sind gezwungen, ökonomische Prozesse zu organisieren um ihren Kampf zu finanzieren sowie die Bevölkerung ausplündern und unterwerfen zu können. Waffenkäufe, Ausbildung und Rekrutierung der Kämpfer sowie logistische Aufgaben stellen ebenfalls unverzichtbare Aufgabengebiete da, die die Mobilisierung beachtlicher Ressourcen voraussetzen.

Lang andauernde Aufstände stellen Machtfragen dar, in denen der wirtschaftlichen Handlungsbereich keineswegs der einzige Tätigkeitsbereich ist. Jedoch handelt es sich bei den wirtschaftlichen Transaktionen auch nicht um ein zu vernachlässigendes Feld, da es die Lenkung der Bevölkerung erlaubt; eine unerlässliche Voraussetzung für die Legitimierung von bewaffneten Bewegungen.

4. „Neue Kriege“ - Staatszerfallskriege

Die „Neuen Kriege“ sind durch die „Neue Unübersichtlichkeit“ gekennzeichnet, die durch das Machtvakuum nach dem Kalten Krieg entstand. Sie bestehen aus einer Mischung von organisiertem Verbrechen und gezielten Menschenrechtsverletzungen.

Die Kriege sind asymmetrischer Struktur, das heißt, sie werden nicht von bewaffneten Gruppen gegen bewaffnete Gruppen geführt (mag die Machtverteilung auch ungleich verteilt sein, so läßt sich in diesem Fall doch eine gewisse Symmetrie erkennen), sondern von bewaffneten Gruppen gegen ZivilistInnen. Der Krieg wird lokalisiert, dezentralisiert und „entmilitarisiert“ geführt, das heißt, daß nicht mehr das Militär dominiert, sondern paramilitärische und/oder mafiotische Gruppen.

Die Kriegstreibenden sind privat organisierte Gruppen, die aus politischen und/oder finanziellen Interessen Konflikte aufbrechen bzw. bestehende Konflikte eskalieren lassen.

An einer Staatsgründung bzw. Neu- und Umgründung sind die Warlords höchstens aus eigenmotivierten Interessen interessiert.

Gegenüber der klassischen Phase der Kriege tritt der Staat als Monopolist des Krieges weitgehend bzw. völlig zurück, Entstaatlichung durch transnationale und zwischenstaatliche Gruppen sowie ein schwacher, zunehmend hilfloser Staat ist eines der zentralen Merkmale dieser Kriege.

Das staatliches Gewaltmonopol wird überstaatlich durch Militärkooperationen und den Ausbau internationaler Normen (Forderungen der Weltbank nach Liberalisierungen für die Vergabe von Krediten) bedroht, sowie innerstaatlich

durch die Privatisierung von Gewalt, Ausgliederungen sowie terroristische und mafiotische Gruppen, die den Staat schwächen wollen.

„So können die Warlords relativ leicht politisches Kapital sammeln, indem sie zum Beispiel sagen, dieser Stamm sei unterdrückt, sie wollten für seine Gleichberechtigung und Besserstellung kämpfen; oder dieser Präsident sei korrupt und müsse gestürzt werden; auf diese Weise gewinnen sie relativ leicht Anhängerschaft“ (Münkler / Sens 2002).

Die Kriegsführung ist durch relativ preiswerten Waffen nicht besonders kostenintensiv (zumal es genügend billige Überschüsse aus der Zeit des Kalten Krieges gibt): automatische Gewehre (insbesondere der Kalaschnikow), Landminen, leichte Raketenwerfer und Pick-ups. Der Waffenhandel ist kommerzialisiert, privatisiert und kriminalisiert. Auch das Training der Truppen ist durch die asymmetrische Struktur nicht besonders kostenintensiv (Kindersoldaten!), da die Kriegsführenden über eine relativ wehrlose Zivilbevölkerung herfallen können.

Darüber hinaus handelt es sich bei den Kriegsakteuren nicht um Staaten, die nach Kriegsende „Gewinne und Verluste“ auf dem Staatsgebiet bilanzieren. Die privaten Warlord-Akteure tätigen ihre Kostenrechnungen in anderer Form, da sich jedenfalls die AnführerInnen in anderen Teilen der Welt niederlassen können, um die finanziellen Erträge ihres fünfzehn, zwanzigjährigen Wirkens als KriegsunternehmerInnen konsumieren zu können. In einigen Ländern in Westeuropa kommt es geradezu zu einem Stelldichein reich gewordener Warlords.

Zu den Gewinnfeldern der Kriegstreibenden zählen durch die Ausbeutung das „Produktionsmittel Waffe“, illegale Güter wie Drogen, Diamanten und Tropenhölzer. Auch durch die Versklavung von Menschen durch Prostitution oder den Einsatz von Kindersoldaten können sich die Kriegsführenden bereichern. Auch die Zusammenarbeit mit transnationalen Konzernen bringt Diktatoren oder lokalen Clans beachtliche Gewinne. Auch Spenden von Hilfsorganisationen gelangen allzu rasch nicht in die Hände derer, für die sie ursprünglich bestimmt waren.

Die Neuen Kriege sind besonders durch Gewalt gegen Frauen gekennzeichnet. Die Kämpfer unterstehen nicht dem klassischen Kriegsrecht, das Vergewaltigung viel härter bestraft als im Zivilrecht (mit Erschießung), um den im Krieg möglicherweise gesteigerten Sadismen Einhalt zu gebieten. Dieser Versuch der Unterdrückung der gesteigerten Gewaltanwendung kann in den Neuen Kriegen nicht mehr fruchten.

„Eine Begleiterscheinung dieser neuen Kriege ist die Sexualisierung der Gewaltanwendung, sei es, daß bei der Eroberung eines Dorfes die weiblichen Bewohner vergewaltigt werden, sei es durch die Einrichtung von Schwängerungs- und Vergewaltigungslagern, wie das teilweise in Bosnien der Fall gewesen ist“ (Münkler / Sens 2002).

Dies hat nicht nur die Vertreibung als gewünschten Effekt, sondern auch die gezielte Zerstörung von Stämmen durch Vergewaltigung, um Mädchen heiratsunfähig zu machen und damit die soziale Struktur zu zerschlagen. „In diesen neuen Kriegen ist sexuelle Gewalt so etwas wie eine Form des Waffengebrauchs geworden. Es ist nicht nur eine bloße Begleiterscheinung der Entdisziplinierung, sondern es gibt eine strategische Rationalität der systematischen Vergewaltigung“ (Münkler / Sens 2002).

Die Neuen Kriege werden nicht durch Kämpfe oder Gefechte entschieden – sie schwelen sozusagen dahin – und werden schließlich durch die wirtschaftliche Erschöpfung der Zivilbevölkerung beendet. Sie finden in der alten Donaumonarchie, dem Kaukasus, dem alten Zarenreich, ehemaligen Kolonialgebieten, Lateinamerika, dem subsaharischen Afrika, dem Nahen Osten, Südostasien, den Philippinen und Indonesien statt.

„Interventionen“ des Westens sind sehr umstritten; sind sie moralisch gerechtfertigt oder dienen sie eher einer imperialistischen Strategie (s.u.)? Oft bleiben die hochmodernen Technologien des Westens unnütz in unwegsamen, unbekanntem Gebiet und gegen das lokale Wissen von Clans.

Gerald Mader, der Präsident des Österreichischen Studienzentrums für Friedens- und Konfliktlösung schlägt für eine bessere Zusammenarbeit zwischen reichen und armen Staaten mehr Kooperation und weniger Wettbewerb vor, eine Revision des homo oeconomicus sowie ein niedrigeres Militärniveau zur Deeskalation von angespannten Lagen vor.

5. Weltordnungskriege

Der bekannte marxistische Theoretiker und Publizist Robert Kurz, Jahrgang 1943, ist ein

Vertreter der „radikalen Linken“ und Mitherausgeber der Theoriezeitschrift „Krisis“.

In seinem Buch „Weltordnungskriege“ prangert er das Versagen des Kapitalismus an und liefert eine scharfe und teilweise provokante Analyse des Zusammenhanges zwischen dem Niedergang nationalstaatlicher Politik, neoliberaler Globalisierung, neuen Kriegen und imperialer Politik.

„Gewidmet ist das Buch den namenlosen Opfern der demokratischen Bombergemeinschaft und des ökonomischen Terrors. [...] Die nach dem Ende der Ära der Nationalstaaten verbliebene einzige Weltmacht USA versucht mit ihrer überlegenden Militärmacht verzweifelt die herrschende Ordnung wiederherzustellen, ohne jedoch den Prozess des Zerfalls staatlicher Strukturen und die Ausbreitung von Terror- und Plünderungsökonomien wirklich aufhalten zu können.“ (o.V. 2003).

Die schier unüberwindlichen Probleme beim Versuch eine stabile Nachkriegsordnung in Afghanistan oder im Irak zu errichten und der Widerstand der ansässigen Bevölkerung zeigen den perspektivlosen Charakter der Weltordnungskriege. Das kapitalistische Weltsystem kann die zum System gehörigen Schattenseiten (Terrorismus, Elend, ethnische Konflikte) niemals überwinden.

Der Kapitalismus ist am Ende, der Globalisierung des Kapitals folgt ein Prozess der sozialen Zerrüttung, der im Zuge des zunehmenden Verfalls staatlicher Monopolgewalt in eine „Terror- und Plünderungsökonomie“ mündet (o.V 2003).

Der einstige Machtkampf zwischen Nationalstaaten wurde durch den perspektivlosen Weltordnungskrieg ersetzt, der vergeblich gegen seinen eignen Verfall ankämpft; die Phase der imperialen Konkurrenz ist entschieden, die USA verbleiben die einzige Weltmacht. Dies liegt aber nicht am mangelnden Konkurrenzwillen der anderen Staaten, sondern an dem nicht aufzuholenden Rückstand der anderen Staaten. Durch die mikroelektronische Revolution wurde die Herausbildung für tatsächliche Weltherrschaft geschaffen und bisher verfügen nur die USA über die vollständigen (Militär-)Technologien.

Die israelischen Kibbuzim stellen für Kurz die beste Form von genossenschaftlicher Verwaltung dar.

Wenn dieses Buch auch durch viele Beispiele untermauert wird, so scheint es doch sehr zugespitzt.

Wie immer bei Ideologien gibt es auch einige Unklarheiten bei der Lektüre des Buches. So stellt sich die Frage, warum die USA, die ja angeblich alle Gegner des Kapitalismus beseitigen wollen, den Irak angegriffen haben, da er sich dem Kapitalismus nicht in den Weg stellte.

Auch die Alternativen zum Kapitalismus sind undeutlich. Warum sollte es in postkapitalistischen Gesellschaften keine korrupten Eliten und keine sozialen Mißstände mehr geben? Auch die zahlreichen Errungenschaften, die die soziale Marktwirtschaft erreicht hat, sollten bei einer kritischen Analyse nicht unbeachtet bbleiben.

Literaturverzeichnis

Albrecht, Ulrich, Volger, Helmut: *Lexikon der Internationalen Politik*, München, Wien, 1997.

Aron, Raymond: *Frieden und Krieg*, Frankfurt a. M., 1963, vgl. m.: Naßmacher, Hiltrud: *Politikwissenschaft*, München, Wien, 2002, S. 371.

Chojnacki, Sven: *Das Phänomen des Krieges*, in: Folienpakete zur Einführung in die Friedens- und Konfliktforschung/ internationale Politik. In: Url: <http://www.wz-berlin.de/~svencho/pdf/krieg.pdf> (13.12.2003).

Czempiel, Ernst-Otto: *Friedensstrategien: Systemwandel durch internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft*, Paderborn, Wien u.a., 1986, in: Forndran, Erhard: *Abrüstung und Friedensforschung*, Düsseldorf 1971, vgl. m. Naßmacher, Hiltrud: *Politikwissenschaft*, München, Wien, 2002, S. 371

Gantzel, Klaus Jürgen/Siegelberg, Jens: *Krieg und Entwicklung* (1990) S. 219-139, vgl. m.: Rittberger, Volker/Hummel, Hartwig: *Die Disziplin „Internationale Beziehungen“ im deutschsprachigen Raum auf der Suche nach ihrer Identität*, S. 17-43, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Thüringen, 1990.

Kurz, Robert : *Weltordnungskrieg : das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung*, Bad Honnef, 2003.

Jean, Francois, Rufin, Christophe (Hg.): *Ökonomie der Bürgerkriege*, Hamburg, 1999.

Lohoff, Ernst: „Die Furie des Zerstörens“. *Gewalt und Krieg in der neuen Weltunordnung*, in: Streifzüge 02/2003. In: Url: www.widerspruch.at/streifzuege/str_03-2_lohoff.furie.html (13.12.2003).

Mader, Gerald: *Europäische Friedenspolitik. Zwischen Vision und Realität*, in: *Wissenschaft und Frieden* 2/97. In: Url <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/97-2.htm> (13.13.2003).

Münkler, Münkler, Herfried : *Die neuen Kriege*, Reinbek bei Hamburg , 2003.

Münkler, Herfried / Sens, Eberhard: *Postklassische Kriege. Ein Gespräch.*
(Auszug). In: Lettre 59/2002. In: Url:
http://www.lettre.de/020archiv/010ausgaben/008ausg02/010_li59/muenklerSens.html
(13.12.2003).

o.V.: *Essen: Weltordnungskrieg - Robert Kurz präsentiert sein neues Buch in der Zeche Carl*, Dokumentation vom Dienstag, 11. November 2003. In: Url:
<http://www.linkeseite.de/Texte/2003/november/11-10.htm> (13.12.2003).

Riescher, Gisela: *Nation*, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf: *Lexikon der Politikwissenschaft*, Band 2 N-Z, München 2002, S. 558.

Schweizerische Depeschenagentur: 20.03.2003 *Die UNO-Definition von „Krieg“*, 20.03.2003. In: Url: <http://www.espace.ch/dossiers/artikel/31164/artikel.html>
(23.12.2003).

Senghaas, Dieter: *Konfliktforschung im internationalen System*, 1998, Frankfurt a. M., vgl. m.: Naßmacher, Hiltrud: *Politikwissenschaft*, München, Wien, 2002, S. 371.

Steiger, Hans: *Lesetips Rezension: Robert Kurz: Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlung des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung.*, Horlemann, Bad Honnef 2003, 447 Seiten, 33 Franken. In: Url:
<http://www.neuwege.ch/inhalt/buchhandel/rezension29.htm> (13.12.2003).

Strasser, Hermann: *Konflikt / Konflikttheorien*, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf: *Lexikon der Politikwissenschaft*, Band 1A-M, München 2002, S. 426-428.

Strutynski, Peter: *Von der „andauernden Freiheit“ zum permanenten Krieg: Konturen einer militärischen Globalisierung.* Vortrag auf der Sommerakademie des ÖSFK, Burg Schlaining, 8. Juli 2002. In: Url:
<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/science/konturen.html>
(13.12.2003).

Zhang, Yuan-Lin: *Mao Zedong und Carl von Clausewitz. Theorien des Krieges. Beziehung, Darstellung und Vergleich*, Mannheim 1995.